

Deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1970

In den ersten Monaten dieses Jahres standen die Preissteigerungen im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Das ist verständlich. Nicht gleichermaßen verständlich war indessen die Nervosität, mit der zeitweilig nach Mitteln zur Eindämmung der Preiswelle gesucht wurde. Denn die sachverständigen Wirtschaftspolitiker hätten wissen müssen, daß in der gegenwärtigen Spätphase der Konjunktur neu eingeleitete Dämpfungsmaßnahmen in ihrer Wirkung höchst problematisch sind, nachdem es versäumt worden war, sie zur rechten Zeit zu beschließen. Jetzt kommt es vielmehr darauf an, Gelassenheit zu zeigen.

Nachdem die einkommenspolitisch für die Arbeitnehmer unzumutbare Absicht, Vorauszahlungen auch auf die Lohnsteuer zu erheben, infolge des Einspruchs der Gewerkschaften aufgegeben wurde, griff die Bundesbank auf das klassische Instrumentarium der Kreditpolitik zurück und erhöhte den Diskontsatz. Daraufhin hat sich die Diskussion über die Preisentwicklung beruhigt. Die Bundesregierung teilte mit, daß die Diskonterhöhung zusammen mit ihren finanzpolitischen Stabilitätsmaßnahmen „der derzeitigen Lage und den überschaubaren Tendenzen der Konjunktur-entwicklung gerecht wird“. Sie plane keine weiteren konjunkturpolitischen Maßnahmen, und der Bundeswirtschaftsminister erklärte, die deutsche Wirtschaft solle „jetzt Ruhe haben“. Besser wäre es freilich gewesen, wenn Prof. Schiller diese Erklärung Ende Januar nach der Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Bundesregierung abgegeben und sich dann danach gerichtet hätte. Seine übereilten, konjunkturpolitisch fragwürdigen und einkommenspolitisch unzumutbaren Vorschläge vom Februar haben jedenfalls seinem — für einen Wirtschaftsminister hohen — Ansehen in der Arbeitnehmerschaft geschadet; das hätte er vermeiden können.

Höchster Diskontsatz der Nachkriegszeit

Gerechterweise muß man allerdings darauf hinweisen, daß die Bundesbank zu zusätzlichen finanzpolitischen Maßnahmen gedrängt hatte. Als sich das Bundeskabinett hierzu nicht entschließen konnte, glaubte der Zentralbankrat der Bundesbank, den Preisanstieg mit drastischen kreditpolitischen Mitteln bekämpfen zu müssen. Er beschloß am 6. März, mit Wirkung vom 9. März, den Diskontsatz von 6 auf 7,5 vH und den Lombardsatz¹⁾ von 9 auf 9,5 vH heraufzusetzen. Dies ist der höchste Diskontsatz seit Bestehen der Bundes-

republik — bisher war 6 vH das Maximum; in der öffentlichen Diskussion über die Bundesbankbeschlüsse wurde darauf hingewiesen, daß es in Deutschland einen Diskontsatz in dieser Höhe seit 1907 nicht mehr gegeben habe²⁾. Das infolge der Diskonterhöhung gestiegene Zinsniveau — die Zinsen für kurzfristige Bankkredite haben mit Sätzen von 10 bis 13 vH einen Rekordstand erreicht — kann Banken und Unternehmen veranlassen, sich billigeres Geld im Ausland zu beschaffen. Um wenigstens den Banken die Aufnahme von Geldern im Ausland zu verleiden, wurde als dritte Maßnahme beschlossen, daß die Banken ab 1. April 30 vH der im Ausland aufgenommenen Mittel als zusätzliche Mindestreserve bei der Bundesbank zinslos anlegen müssen. Soweit sich dagegen die Unternehmen, insbesondere die großen, im Ausland billigeres Geld beschaffen können, entstehen ihnen daraus keine Nachteile.

Die Bundesbank hat ihre Maßnahmen einmal damit begründet, daß das Zinsniveau infolge der im ganzen relativ knappen Liquidität der Banken vor der Diskonterhöhung bereits höher war als der Diskontsatz von 6 vH. Insofern führte die Diskonterhöhung zu einer Angleichung der Zinsstruktur, hatte also eine „konstatierende“ Wirkung. Der Bundesbank kam es allerdings in erster Linie auf die „konstituierende“ Wirkung an: Die bereits vorhandene Tendenz zur Kreditverteuerung sollte spürbar verstärkt werden. Tatsächlich werden die Unternehmen in ihrer Gesamtheit infolge der teureren Bankkredite bemüht sein, mit weniger geliehenem Geld auszukommen; diese Rechnung der Bundesbank wird sicherlich aufgehen. In erster Linie dürfte die Investitionstätigkeit und die Lagerhaltung eingeschränkt werden; beides dämpft — allerdings erst langfristig — den Preisauftrieb. Kurzfristig führt eine Kreditverteuerung jedoch hauptsächlich dort zu Kosten- und Preiserhöhungen, wo die Kreditkosten eine wichtige Rolle spielen. Dies ist in der Bauwirtschaft der Fall; vor Jahren wurde bereits von einem wissenschaftlichen Institut errechnet, daß eine Erhöhung des für die Baufinanzierung wichtigen Zinsniveaus um 1 vH einem Baukostenanstieg von rund 8 vH entspricht. Auch dort, wo die Konjunkturlage eine Überwälzung der Kreditkostenerhöhung erlaubt, wie zur Zeit vielfach im Bereich des privaten Verbrauchs, wird der Preisauftrieb durch die Diskonterhöhung kurzfristig nicht gebremst, sondern eher noch verstärkt.

1) Lombardgeschäft ist die Gewährung von Bankkredit gegen Verpfändung von Waren oder Wertpapieren. Die Bundesbank beleihnt nur die in Lombardlisten erfaßten lombardfähigen Wertpapiere. In der Regel liegt der Lombardsatz 1 vH über dem Diskontsatz.

2) So Klaus Martens, Die Schocktherapie des Diskontsatzes, *Publik* vom 13. 3. 1970.

Wie ist das Bild der Konjunktur?

Nicht zuletzt diese Gründe waren es, weswegen der Deutsche Gewerkschaftsbund die Diskonterhöhung bedauert hat. Darüber hinaus wird von ihm die Frage gestellt, ob eine solche langfristig hart wirkende Konjunkturbremse zusätzlich zu dem Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung noch erforderlich war. Kann das von der Bundesbank angestrebte Ziel einer Stabilisierung des Preisniveaus in der gegenwärtigen Konjunkturphase überhaupt noch ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung erreicht werden? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns das Bild, das die Konjunktur zur Zeit bietet, betrachten.

Es ist das typische — geradezu lehrbuchhafte — Bild der Spätphase des Konjunkturzyklus. Kennzeichnend dafür ist „das Nebeneinander von starkem Preisaufrtrieb und nachlassender Nachfrageexpansion“, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Bericht zur Wirtschaftsfrage 3/1970, um anschließend den beherzigenswerten Satz folgen zu lassen: „Diese für die Spätphase eines Booms typische Konstellation zwingt zu Besonnenheit und Maß in der konjunkturpolitischen Aktion.“ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt folgende Übereinstimmung in der Konjunkturdiagnose fest (Wochenbericht vom 19. 3. 1970):

„Die Einschätzung von konjunktureller Lage und Entwicklung, die von den beobachtenden Instituten und auch von der Bundesregierung in ihren monatlichen Lageberichten gegeben werden, haben sich in ihrem Grundtenor im Laufe der letzten Monate nicht so gewandelt wie das Klima der wirtschaftspolitischen Diskussionen in der Öffentlichkeit: Von Monat zu Monat zugenommen hat nur die Sicherheit, mit der das schon im vorigen Jahr erfolgte Überschreiten des Höhepunktes der Nachfrageexpansion und das bevorstehende Ende der Periode wachsender Auftragsbestände bei der Industrie herausgestellt worden ist. Die Nachfrageentwicklung weist deutlich auf konjunkturelle Entspannung hin.“

Die Nachfrageentwicklung, gemessen an den Auftragseingängen, ist — zusammen mit den Auftragsbeständen — für die Konjunktur im weiteren Verlauf dieses Jahres unmittelbar ausschlaggebend und nicht der gegenwärtige Preisanstieg. „An der für die jetzige Konjunkturphase typischen Abflachung der Nachfrage ist besonders bemerkenswert, daß sie sich nun auf das Inlandsgeschäft der Industrie erstreckt“, heißt es im Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums (3/1970). „Die Nachfrage der Investoren nach Ausrüstungsgütern scheint, den saisonbereinigten Werten nach, ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Seit dem Spätsommer steigt jedenfalls der Auftragsein-

gang in der Investitionsgüterindustrie nicht mehr. Im Maschinenbau, dem typischen Investitionsgüterhersteller, zeigt die Bestellkurve seit etwa einem halben Jahr schon deutlich nach unten.“

Die Auftragsentwicklung

An dieser Tendenz ändert das überraschend gute Februarergebnis sicherlich nichts³⁾. Nachdem die aus dem Inland kommenden Bestellungen bei Industriefirmen in den letzten Monaten des Jahres 1969 um durchweg rund ein Fünftel höher waren als in den entsprechenden Vörjahrsmonaten, ging die Zuwachsrate im Januar 1970 auf 7 vH zurück; im Februar 1970 waren jedoch die Inlandsaufträge wieder um 17 vH größer. Indessen sollte man das Ergebnis eines Monats nicht überbewerten, zumal die überhitzte Konjunkturdiskussion mit drohenden Steuererhöhungen gerade im Februar zu einem Nachfragestoß geführt haben könnte. Am stärksten war im Februar die Zunahme im Inlandsgeschäft mit 21 vH in der Investitionsgüterindustrie (nach 10 vH im Januar), in der Grundstoffindustrie betrug sie 15 vH (6 vH) und in der Verbrauchsgüterindustrie 13 vH (4 vH).

Dagegen blieben die Bestellungen ausländischer Firmen im Februar um 1,4 vH hinter dem Vorjahrsergebnis zurück, im Januar sogar um 5,6 vH — bis zum Herbst 1969 waren im Auslandsgeschäft Zuwachsraten von 20 bis 25 vH zu verzeichnen gewesen. Durch die Aufwertung der D-Mark wurde der Exportboom gebrochen; von der Auslandsnachfrage gehen seitdem keine konjunkturellen Impulse mehr aus. Darüber können die immer noch günstigen Ausfuhrergebnisse nicht hinwegtäuschen, denn dabei handelt es sich meist um die Lieferung von Waren, die bereits vor Monaten bestellt worden sind. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres betrug der Wert der Ausfuhr 18,1 Md. DM, er war um 15 vH höher als vor Jahresfrist. Die Einfuhr war um 14 vH auf 16,7 Md. DM gestiegen. Demnach ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von 1,44 Md. D-Mark gegenüber 1,18 Md. DM vor einem Jahr.

Hierbei ist freilich ebenso wie bei der Auftragsstatistik zu berücksichtigen, daß es sich um Werte nach jeweiligen Preisen handelt; das Volumen hat deshalb erheblich weniger zugenommen. Denn die Ausfuhrpreise sind binnen Jahresfrist um knapp 6 vH, die industriellen Erzeugerpreise um reichlich 6 vH angestiegen — die Einfuhrpreise dagegen nur um 0,7 vH.

3) Dieser Bericht wurde am 6. April 1970 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über Auftragseingänge, Industrieproduktion und Außenhandel nur bis zum Monat Februar 1970 vor.

Hohe Auftragsbestände als Konjunkturreserve

Wenn also die gesamten Auftragseingänge der Industrie (aus dem Inland und dem Ausland) im Januar um 4 vH und im Februar um 12 vH höher waren als vor einem Jahr, dann bedeutet dies nach Ausschaltung der Preissteigerungen, daß die Auftragsbestände nicht mehr zu-, sondern sogar bereits etwas abgenommen haben. Denn die — am Volumen gemessene — Industrieproduktion war im Januar binnen Jahresfrist um 11 vH und im Februar um 9 vH angestiegen. Andererseits sind die Auftragsbestände so groß wie nie zuvor; sie entsprechen einer Produktionsdauer von 4 bis 4,5 Monaten, bei den Investitionsgütern sogar von fast 6 Monaten. Diese Konjunkturreserve darf man bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten im weiteren Verlauf des Jahres nicht übersehen.

Am Arbeitsmarkt gibt es weiterhin kaum Anzeichen für eine Entspannung. Das ist bei den extrem hohen Auftragsbeständen nicht verwunderlich. Die Zahl der offenen Stellen betrug Ende März 834 600; dieses Angebot war um 16 vH höher als ein Jahr zuvor. Demgegenüber bedeutete die größtenteils saisonbedingte Arbeitslosigkeit keine nennenswerte Arbeitskraftreserve. Ende März wurden 197 800 Arbeitslose gezählt, 45 400 weniger als vor Jahresfrist; die Arbeitslosenquote betrug 0,9 vH (März 1969: 1,2 vH). Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte erreichte im März mit 1,67 Millionen einen neuen Höchststand.

Unterschiedliche Voraussagen

Soweit die Konjunkturdiagnose, über die die Konjunkturforscher weitgehend übereinstimmen. Viel schwieriger ist es indessen, die weitere Entwicklung möglichst sicher vorauszusagen. Einig ist man sich noch darin, daß sich die Nachfrageentwicklung entspannen wird. Über das Tempo der Entspannung und über die Gefahr einer Rezession — insbesondere als Folge der Bundesbankbeschlüsse — gehen jedoch die Ansichten auseinander. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen z. B. meint in seinem Mitte März herausgegebenen Konjunkturbericht, daß sich für das 2. Halbjahr 1970 „gegenwärtig nur vage Vermutungen“ anstellen lassen. Die Gefahr einer übermäßigen Entspannung in diesem Jahr sei aber wenig wahrscheinlich; mit einem Erlahmen der Investitionsneigung rechnen die Essener Konjunkturforscher vorerst nicht.

Ganz anders ist die ungefähr zur gleichen Zeit veröffentlichte Prognose des Ifo-Instituts, München:

„Alles spricht dafür, daß sich die Expansion der Gesamtnachfrage — bei noch relativ starkem Preisanstieg — im Laufe des 1. Halbjahres 1970 stark abschwächt. Es ist anzunehmen, daß sie im weiteren Verlauf des Jahres nicht mehr ausreichen wird, ein befriedigendes Wachstum und einen hohen Beschäftigungsgrad zu sichern, falls die Konjunkturpolitik das Steuer nicht herumwirft. Unter diesen Umständen wird sich die Konjunkturpolitik unseres Erachtens veranlaßt sehen, expansiv wirkende Maßnahmen zu ergreifen.“

Ähnlich beurteilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin die weiteren Aussichten. Die Diskonterhöhung vergleicht das Institut mit „dem Betätigen der Notbremse eines Fahrzeugs. Dies gerät hierbei meist in schwer kontrollierbare Schleuderbewegungen“. Weiter heißt es im Wochenbericht des Instituts vom 19. 3. 1970: „Sicher ist, daß die Prognosen über die weitere Entwicklung in diesem Jahr nach dem 6. März (dem Tag der Bundesbankbeschlüsse) düsterer ausfallen werden als zu Jahresbeginn. Meinungsunterschiede wird es allenfalls darüber geben, ob für den Herbst eine wirtschaftliche Stagnation oder schon eine beginnende Rezession anzunehmen ist.“

Starker Preisanstieg ist kein Zeichen für zunehmende Überhitzung

Gleich, welche Prognose man sich zu eigen macht — der Berichterstatter sieht nicht ganz so düster in die Zukunft wie die Konjunkturforscher in Berlin und München —, die Diskonterhöhung war jedenfalls eine überflüssige Maßnahme, die, sollte sie nicht bald rückgängig gemacht werden, im Herbst für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung gefährlich werden kann. Sie war deshalb überflüssig, weil die Preissteigerungen von heute hauptsächlich die Folge konjunkturpolitischer Versäumnisse im vergangenen Jahr sind. Ein Preisanstieg im heutigen Ausmaß hätte sich vermeiden lassen, wenn zur rechten Zeit — das war im Frühjahr 1969 — und dort, wo damals die Konjunktur auf den höchsten Touren lief — im Exportgeschäft und bei den Investitionen — gebremst worden wäre. Jetzt ist es aber zu spät.

Ist erst einmal in einigen wesentlichen Bereichen ein Durchbruch der Preise nach oben gelungen, dann läßt sich ein Nachziehen der übrigen Preise kaum noch aufhalten. Dann müssen die durch frühere Versäumnisse ausgelösten Preissteigerungen durchgestanden werden. Es gibt in der Marktwirtschaft kein Mittel, sie rückgängig zu machen.

Erneut wird, wie in früheren konjunkturell ähnlichen Phasen, in den Fehler verfallen, die starken Preiserhöhungen mit zunehmender Überhitzung gleichzusetzen. Besonders die

Opposition im Bundestag, die unter der Kanzlerschaft *Kiesingers* für die konjunkturpolitischen Versäumnisse im vergangenen Jahr verantwortlich ist, sollte beherzigen, was ihr Berater, der frühere Staatssekretär und jetzige Vorsitzende des Ifo-Instituts Prof. *Hettlage* zur Preisentwicklung feststellt:

„Der Umschlag der Hochkonjunktur in eine Phase ausgeglichenen Wachstums wird sich zuletzt bei den Preisen auswirken. Das Anhalten des Preisanstiegs trotz beginnenden Konjunkturabschwungs war auch bei früheren Konjunkturzyklen typisch. Alle Bemühungen um eine größere Preisstabilität werden die an sich schon auslaufende Welle weiterer Preissteigerungen kaum beeinflussen; vielleicht können sie noch das Tempo des Preisanstiegs bremsen.“⁴⁾

Starker Preisschub am Jahresbeginn

Am stärksten sind binnen Jahresfrist die industriellen Erzeugerpreise gestiegen, nämlich um 5,8 vH im Januar und um 6,2 vH im Februar. Im einzelnen waren die Preise für Investitionsgüter im Februar 1970 um 9,5 vH höher als im Februar 1969, die Erzeugerpreise für industrielle Verbrauchsgüter um 4,2 vH. In dieser Differenz spiegelt sich wider, daß wir zwar einen Investitionsboom hatten, von boomartigen Erscheinungen im Bereich des privaten Verbrauchs aber keine Rede sein kann, wenn auch von gutgehenden Geschäften. Auf den jüngsten Bekleidungsmessen spürte man gleichfalls nichts von einer Obernachfrage.

Nachdem zum Jahresbeginn auf der Verbraucherstufe ein starker Preisschub zu verzeichnen war — der im Februar die Nervosität in der Konjunkturdiskussion auslöste —, verlangsamte sich der Verbraucherpreisanstieg im Februar. Der Lebenshaltungskostenindex aller privaten Haushalte lag im Januar und im Februar jeweils um 3,5 vH höher als zur entsprechenden Vorjahrszeit. Der Bundeswirtschaftsminister hatte einen nicht so starken Anstieg erwartet. Dabei nahm er an, daß eine Reihe von Nahrungsmittelpreisen als Folge der DM-Aufwertung spürbar sinken würden. Der Verbilligungseffekt der Paritätsänderung wurde jedoch teilweise durch Saison- und witterungsbedingte Verteuerungen überlagert. So ermäßigte sich zwar der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise vom Dezember auf Januar um 3,1 vH; er war im Januar aber nur um 0,2 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Außerdem wurde die Senkung der Agrarpreise vielfach noch nicht in dem möglichen Ausmaß an die Verbraucher weitergegeben.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit einer allmählichen Abschwächung des Preisanstiegs. Dennoch wird das von der Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion

1970 gesetzte Ziel, den Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber 1969 auf 3 vH zu begrenzen, wohl kaum erreicht werden. Realistischer wird es sein, mit einer Steigerungsrate von etwa 3,5 vH zu rechnen. So bedauerlich dies sein mag, ein Anlaß zur Dramatisierung besteht dennoch nicht, zumal dies auch unvernünftig wäre; denn es gibt, wie bereits erwähnt, keine Mittel, um die Folgen konjunkturpolitischer Versäumnisse des vergangenen Jahres rückgängig zu machen. Aber nicht nur in der Bundesrepublik steigen die Preise. Vielmehr ist die Teuerungswelle in den meisten anderen westlichen Industrieländern noch größer. Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv hat ermittelt, daß sich die Preise in den wichtigsten Industriestaaten seit Jahresfrist um 4 bis 6 vH erhöhten. Im übrigen ist es nützlich, daran zu erinnern, daß während des vorigen Konjunkturzyklus die Lebenshaltungskosten von 1964 auf 1965 um 3,4 vH und von 1965 auf 1966 um ebenfalls 3,5 vH anstiegen.

Konjunkturgerechtes Wirtschaftsprogramm

Die Gleichzeitigkeit von relativ starkem Preisanstieg und Nachfrageabschwächung hat Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller als „doppelgesichtig“ bezeichnet. Die Wirtschaftspolitik gleiche deshalb einem „sehr vorsichtigen Balanceakt“, bei dem es auf eine Dämpfung des Preisauftriebs ankomme, die nicht zur Rezession führen dürfe. Das von der Bundesregierung Ende Januar vorgelegte Wirtschaftsprogramm entspricht diesem Erfordernis. Es zielt in seinem Kern darauf ab, über den Bundeshaushalt vorübergehend Kaufkraft abzuschöpfen und stillzulegen, öffentliche Nachfrage soll zur Zeit vermindert und auf Zeiten einer Konjunkturabschwächung verlagert werden.

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 1970 sieht vor, daß Ausgaben in Höhe von 2,7 Md. DM, großenteils für Investitionen, gesperrt werden. Diese Konjunktursperre soll erst aufgehoben werden, wenn eine stärkere Konjunkturabschwächung die Vollbeschäftigung gefährdet; anderenfalls bleibt sie das ganze Jahr über bestehen. Außerdem sollen beim Vollzug des Haushalts Ausgaben in Höhe von mehreren Milliarden Mark vom 1. Halbjahr 1970 in die zweite Jahreshälfte verschoben werden. Schließlich haben sich Bund und Länder verpflichtet, 2,5 Md. D-Mark — davon der Bund 1,5 Md. DM — in eine Konjunkturausgleichsrücklage bei der Bundesbank einzuzahlen und dort stillzulegen. Der Bund hat seine erste Rate in Höhe von 750 Mill. DM Ende März eingezahlt — die zweite Rate wird Ende Juni fällig —, während die Länder bereits den gesamten auf sie

4) Karl M. Hettlage, Kommt eine Rezession?, *Rheinischer Merkur* vom 20. 3. 1970, S. 25.

entfallenden Anteil von 1 Md. DM stillgelegt haben. Allerdings ist der Bund in einer ungünstigeren Lage, da er infolge der am 1. Januar in Kraft getretenen Finanzreform bisher nur geringe Einnahmewachse zu verzeichnen hat. Besonders bevorzugt werden - das war der Wille des Gesetzgebers - die Gemeinden. Ihre Investitionsausgaben steigen dementsprechend überdurchschnittlich an. Konjunkturpolitisch ist dies sicherlich problematisch. Andererseits sind gerade die von den Gemeinden zu finanzierenden - und jahrelang vernachlässigten - Infrastrukturinvestitionen für das künftige Wirtschaftswachstum und für den Wohlstand von morgen dringlich. Hier liegt ein Konflikt zwischen kurzfristigen konjunkturpolitischen und langfristigen Wachstums- und sozialpolitischen Erfordernissen vor.

Zielkonflikt zwischen Konjunktur- und Einkommenspolitik

Solche Spannungsverhältnisse werden in der wirtschaftspolitischen Diskussion leider meist übersehen; die konjunkturpolitischen Erfordernisse stehen verständlicherweise, aber dennoch allzu einseitig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dies gilt insbesondere auch für den Konflikt zwischen den Zielen der Konjunktur- und der Einkommenspolitik. Um die Vollbeschäftigung zu sichern und ein stetiges und ausreichendes Wirtschaftswachstum zu erreichen, bedarf es eines Instrumentariums, wie es z. B. das Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft vom 8. 6. 1967 enthält. Die Gewerkschaften haben deshalb die Anschaffung eines solchen konjunkturpolitischen Instrumentenkastens begrüßt. Aber es kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß die Anwendung dieser Mittel häufig zu Ergebnissen führt, die den Zielen einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung widersprechen; sie führen oft zu einkommens- und sozialpolitisch unerwünschten Umverteilungseffekten. Die Einkommensentwicklung in diesem Konjunkturzyklus seit dem Sommer 1967 hat dieses Dilemma eindrucksvoll aufgezeigt. Die Arbeitnehmereinkommen sind, je Kopf gerechnet, sowohl brutto als noch mehr netto hinter dem Unternehmereinkommen zurückgeblieben⁵⁾. Der Konjunkturpolitiker kann gegen einen Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen einige gewichtige Argumente ins Feld führen; er vergleicht lieber die Gesamteinkommen der Arbeitnehmer einerseits und der Unternehmer andererseits. Einkommenspolitisch ist jedoch der Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen der einzig mögliche, und es gibt überhaupt keine Rechtfertigung dafür, daß das Einkommen des einzelnen Unternehmers stärker wächst als das des Arbeitnehmers.

Kampf um die Einkommensverteilung

Die starken Preiserhöhungen sind übrigens nichts anderes als ein offensiver Kampf der Unternehmer um die Einkommensverteilung. Indem sie die Preise auf breiter Front erhöhen, wollen die Unternehmer eine Normalisierung ihrer Gewinnquote, die im Aufschwung übermäßig angestiegen ist, verhindern. Sie versuchen, die Kostenerhöhungen voll zu überwälzen, bevor die sich bereits abzeichnende Nachfrageabschwächung die Möglichkeiten für Preiserhöhungen einengt oder beseitigt. Den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften kann aber nicht zugemutet werden, in diesem Verteilungskampf zugunsten der Gewinne stillzuhalten.

Hierauf hat der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Erklärung zur Konjunkturlage hingewiesen, und er hat hinzugefügt: „Die wachsende Unruhe in den Betrieben sollte eine deutliche Warnung für alle sein.“ Weiter stellte der DGB-Bundesausschuß fest, „daß es keine Lohnentwicklungen gibt, die zu einem überhöhten Anstieg der Realeinkommen im Jahre 1970 führen werden. Selbst die im Wirtschaftsbericht der Bundesregierung vorgegebene Reallohnsteigerung ist infolge des Preisverhaltens der Unternehmer bisher nicht erreicht worden.“

In dem Kommuniqué über die letzte Sitzung der Konzentrierten Aktion am 17. 3. 1970 heißt es, daß die Beteiligten zu der Auffassung gelangten, an der Zielprojektion des Jahreswirtschaftsberichts festzuhalten⁶⁾.

„Alle Beteiligten wollen diese wirtschaftspolitischen und einkommenspolitischen Ziele mit den ihnen autonom zur Verfügung stehenden Mitteln weiter verfolgen. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß es gefährlich wäre, wenn die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten bei ihren künftigen Dispositionen von der Erwartung fortgesetzter Preissteigerungen ausgingen.“

Auf der nächsten Sitzung der Konzentrierten Aktion am 22. 5. 1970 sollen „die Möglichkeiten der Abkürzung der Restriktionsphase“ erörtert werden.

Die Bremsen rechtzeitig lösen

Dies ist ein sehr wichtiges Thema. Denn es kommt entscheidend darauf an, die Bremsen, vor allem die harten kreditpolitischen Bremsen der Bundesbank, rechtzeitig zu lösen. Sonst geraten wir auf denselben Weg wie 1966, als der scharfe Restriktionskurs der Bundesbank zur Rezession führte. Vorerst besteht freilich zu einer derartigen Sorge kein Anlaß. Einmal

5) Siehe Günter Pehl, Preisanstieg dämpfen, aber Konjunkturrückschlag vermeiden. GM, H. 3/1970, speziell S. 152.

6) Siehe Günter Pehl, a.a.O., speziell S. 152/153.

ist heute die Konjunkturlage anders als 1966, und von den Haushalten gehen diesmal stabilisierende Einflüsse aus. Vor allem besteht jetzt aber im Gegensatz zu damals Grund zu der Annahme, daß wir eine Bundesregierung haben, die alles tun wird, um rechtzeitig Gefahren für die Vollbeschäftigung abzuwenden. Die erforderlichen wirtschaftspolitischen Instrumente hierfür sind inzwischen geschaffen worden, und Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller hat bereits bewiesen, daß er diese Mittel erfolgreich einsetzen kann. Auch der Bundesbankpräsident ist heute ein anderer, nicht mehr *Blessing*, der der Preisstabilität den Vorrang vor der Vollbeschäftigung gab. Der neue Präsident der Bundesbank, *Klasen*, scheint elastischer zu sein. Er versicherte bei der Bekanntgabe der Bundesbankmaßnahmen, daß

diese, wenn es erforderlich werden sollte, sehr schnell wieder rückgängig gemacht werden. Man kann eher als früher erwarten, daß die Bundesbank den gegenwärtigen Kurs nicht zu lange beibehalten wird.

In diese Richtung drängen auch die außenwirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Bundesbank wird nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 19. 3. 1970) „sehr bald vor der Alternative stehen, entweder die von der Bundesregierung bis vor kurzem geforderte Zinssenkungspolitik weiter zu vereiteln oder ihren eigenen Schritt rückgängig zu machen.“ Jedenfalls werden die Devisenüberschüsse, die infolge der bei uns erheblich höheren Zinssätze entstehen, bald den Protest der anderen Länder hervorrufen.

Günter Feh